

ORIGINAL

No. 567/A(E)

17. JUNI 1993

Präs:

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abg. Mag. Schweitzer und Kollegen
betreffend Verschärfung der internationalen Abgasvorschriften

Durch die Ostöffnung ist in Österreich sowohl das Verkehrsaufkommen als auch die Menge der Abgasemissionen gewaltig gestiegen, da die - verglichen mit unseren Nachbarstaaten - an sich korrekten Normen und Standards bezüglich Sicherheit und Schadstoffausstoß in Österreich nur auf österreichische, nicht aber auf ausländische Kraftfahrzeuge angewendet werden.

Aufgrund des geltenden KFG bzw. der Übereinkommen von Paris, Genf und Wien erscheint eine Gleichbehandlung in- und ausländischer KFZ hinsichtlich Abgaskontrollen derzeit nicht durchsetzbar, da diese internationalen Abkommen vorsehen, daß jedes Fahrzeug in dem Zustand, in dem es in seinem Heimatland zugelassen ist, in jedem der Unterzeichnerstaaten ebenfalls fahren darf.

Anlässlich des Beitritts Österreichs zum Übereinkommen im Jahre 1982 wurde leider kein diesbezüglicher Vorbehalt angemeldet, da die Entwicklung der Verkehrslawine in diesem exorbitanten Ausmaß nicht absehbar war. Die einzig zielführende Lösung ist daher die Neuverhandlung der fraglichen Textpassagen, sei es durch Vorschlag strengerer internationaler Abgasvorschriften, womit ein weltweiter Beitrag zum Umweltschutz geleistet würde, oder durch eine von österreichischer Seite vorgenommene Kündigung des Übereinkommens mit anschließendem Wiederbeitritt, allerdings unter Vorbehalt des Zurückweisungsrechtes von in anderen Staaten zugelassener Kfz, die nicht den österreichischen Standards entsprechen.

Ein diesbezüglicher FPÖ-Antrag (371/A(E) v. 9.7.1992) wurde vom Verkehrsausschuß abgelehnt. Die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie gab dem Erstunterzeichner anlässlich der mündlichen Fragestunde am 16.6.1993 die Zusage, sich für eine Änderung der internationalen Übereinkommen über den Straßenverkehr zwecks Reduzierung der Abgasemissionen, vor allem in Österreich, einzusetzen.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden


ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie und der Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr werden ersucht, gemäß Art. 49 des Übereinkommens über den Straßenverkehr samt Anhängen dafür zu sorgen, daß dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ein Vorschlag Österreichs zur Verschärfung der internationalen Abgasvorschriften bis 31.12.1993 vorgelegt wird."

ORIGINAL

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung dieses Antrages
an den Unterausschuß ersucht.


Hans-Joachim Lauth
BfL, Landesrat
Schmid
S. Lind